

Lehrerarbeitszeit – Frau Ministerin, seien Sie fair zu den Lehrerinnen und Lehrern!

Rede von Michael Solf MdL vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen
gehalten am 10. November 2010

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Anrede,

auch eine Minderheitsregierung muss regieren! Das, meine sehr verehrten Damen und Herren von Rot und Grün, das scheinen Sie noch nicht verstanden zu haben. Es reicht nicht, ein Koalitionspapier zu verabschieden, die Ministerurkunden zu nehmen, mal eben die Neuverschuldung zu erhöhen und sich dann ins Nichtstun zu verabschieden. Natürlich ist das Regieren ohne eigene Mehrheit schwierig, aber der Alltag geht weiter, und die Arbeit muss gemacht werden. Und zwar gerade dort, wo man mit Sprechblasen nicht weiterkommt, gerade dort, wo die Mühen der Ebene bewältigt werden müssen. Ein solches Thema hat die FDP-Fraktion heute zu Recht auf die Tagesordnung setzen lassen: Es geht um die Lehrerarbeitszeit. Damit werden keine Schlagzeilen gemacht, aber es geht um Missstände, es geht um eine Gerechtigkeitslücke, und wir müssen weiterkommen ... auch wenn diese Landesregierung ganz offensichtlich keine Lust an dem Thema hat!

Zur Erinnerung:

Seit vielen Jahren weiß jeder, der ehrlich ist, dass das derzeit gültige Arbeitszeitmodell für Lehrerinnen und Lehrer nicht wirklich fair ist. Zwar sind alle Fächer, die unterrichtet werden, wichtig. Und es gibt nicht Lehrerinnen und Lehrer erster und zweiter Klasse. Aber jemand, der zum Beispiel Deutsch oder Englisch oder Französisch in den höheren Klassen unterrichtet, muss in einem erheblichen Maße Zeit investieren, um die umfangreichen Klassenarbeiten sorgfältig und gerecht zu beurteilen. In

Fächern, in denen Klassenarbeiten und Prüfungen eine geringere Rolle spielen, fällt diese Arbeit *so* nicht an. Zwar muss auch hier – wie bei den Korrekturfächern eben auch – vor- und nachbereitet werden, sind Konferenzen zu bewältigen und all die anderen Zusammenhangstätigkeiten, mit denen die Lehrerinnen und Lehrer unserer Tage immer stärker belastet werden, aber der Korrekturaufwand ist und bleibt deutlich geringer. Es gibt also ein Ungleichgewicht – kein Ungleichgewicht der Wertigkeit, wohl aber ein Ungleichgewicht beim Arbeitsaufwand.

Dass das so ist, weiß jeder. Aber man beschäftigt sich ungern mit diesem dornigen Thema. Die Standesvertretungen der Lehrer befürchten Auseinandersetzungen zwischen ihren Mitgliedern. Es hat halt nicht jeder Deutsch und Französisch. In der Öffentlichkeit wollen all diejenigen nichts davon wissen, die es mit Gerhard Schröder halten und die Lehrerinnen und Lehrer sowieso als „faule Säcke“ sehen. Und im Ministerium wird man nervös, weil natürlich die Gefahr besteht, dass eine sorgfältige Untersuchung der Arbeitsbelastung von Lehrerinnen und Lehrern problematische Ergebnisse bringen könnte: Vielleicht bürdet man heute zu wenigen zuviel auf, vielleicht muss man neue Stellen schaffen. Da steckt man dann doch lieber den Kopf in den Sand!

So, meine sehr verehrten Damen und Herren, so geht das aber nicht! Das Problem gibt es. Und die Fairness gebietet es, dass wir Lösungen finden. Dabei kann die Lösung natürlich nicht in einer unterschiedlichen Besoldung liegen. Denn es gibt eben nicht Schulfächer erster und zweiter Wahl. Der Schlüssel liegt – wie könnte es anders sein – in der Jahresarbeitszeit. Wir müssen, auch wenn das die Ministerialbürokratie und vielleicht auch den Finanzminister nervös macht, wir müssen hier zu Differenzierungen kommen. Das verlangt nicht nur unser Gerechtigkeitsempfinden, das verlangen mittlerweile auch die Gerichte. Ich erinnere an die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts vom November 2006 und an ein einschlägiges Urteil des OVG Münster aus dem Februar 2005. Ich

zitieren: „Der Dienstherr bestimmt somit, welche Anforderungen insbesondere in zeitlicher, aber letztlich auch in qualitativer Hinsicht an die Vor- und Nachbereitung, Korrekturen, Elternbesprechungen und den übrigen außerunterrichtlichen Arbeitsaufwand zu stellen sind.“ Das aber hat der Dienstherr bis heute nicht wirklich getan. Und das ist nicht in Ordnung.

CDU und FDP haben sich dieser Problematik bereits im Jahr 2003 erstmals angenommen und wurden von Rot-Grün, die damals noch eine Mehrheit hatten, abgeschmettert. In der Zeit unserer Regierungsverantwortung haben wir uns dann gekümmert, endlich. Mit unserer parlamentarischen Initiative aus dem Jahr 2007 haben wir den Weg für eine Reihe von Modellversuchen – Stichwort „Mindener Modell“ – geöffnet. Im Ministerium waren nicht alle begeistert, aber die Dinge haben sich weiterentwickelt, zwar langsam, aber positiv. Nun liegen erste Erfahrungen vor. Und es lässt sich auch auf das zurückgreifen, was andernorts zwischenzeitlich ganz gut funktioniert. Hamburg ist hier ein im Wesentlichen positives Beispiel. Ich mache da insofern eine Einschränkung, als man in Hamburg die Einführung eines Jahresarbeitszeitmodells mit einer Erhöhung der Belastung der Lehrerinnen und Lehrer kombiniert hat. Das war nicht fair. Das sollten wir nicht tun, aber an der Struktur des Modells können wir uns schon orientieren. Die das „Mindener Modell“ praktizierenden Schulen haben uns bewiesen, dieses Modell ist sofort einsetzbar, das Ministerium muss es nur wollen. Und die etlichen Schulen, die eine Parallelrechnung der Arbeitszeit durchführen, bestätigen das uneingeschränkt. Vom Denkansatz her kann es unter den obwaltenden finanziellen Rahmenbedingungen gar keinen grundsätzlich anderen Lösungsansatz geben.

Frau Ministerin, Sie wissen es doch selbst: Mittlerweile liegen so viele Erkenntnisse vor, dass die Landesregierung im Sinne des vorliegenden Antrages Rechtsgrundlagen für ein Jahresarbeitszeitmodell für Lehrer erarbeiten könnte. Das braucht man nicht auf die lange Bank zu schieben, wie es der Koalitionsvertrag tut. Dort wird eine „Kommission“ angekündigt;

immer nach dem Motto „wenn du nicht mehr weiter weißt, gründe einen Arbeitskreis“. Aber noch nicht einmal das scheint man besonders ernst zu nehmen, denn angeblich will man „frühestens“ 2011 beginnen, sich zu versammeln. Man habe im Moment zuviel anderes zu tun.

Sehr geehrte Frau Ministerin Löhrmann! All das riecht nach langer Bank – vielleicht sogar nach Schlachtbank für die berechtigten Interessen der Lehrkräfte mit Korrekturfächern. Wenn Sie wirklich Lösungen wollen, dann wissen Sie heute schon genug, um uns zügig ein faires Jahresarbeitszeitmodell zu präsentieren. Und noch einen Rat: Sollte ein fairer Umgang mit den Belastungen in den Korrekturfächern dazu führen, dass zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden müssen, dann empfehle ich Ihnen einen Blick auf Ihren Umgang mit dem Thema „Gemeinschaftsschule“. Das ist Ihnen wichtig, und hier spielt die Ressourcenfrage daher keine Rolle. Hier wird mit kleineren Klassen gewinkt und mit einer besseren Besoldung. Hier finden Sie Geld. Geht es um Ihre ideologischen Spielwiesen, dann ist das kein Problem. Geht es um Gerechtigkeit für Menschen, dann schauen Sie weg. Das ist nicht fair, das ist nicht in Ordnung!

Ich danke Ihnen!

Lehrerarbeitszeit – zweiter Redebeitrag

Anrede,

Frau Ministerin, ich habe mir während Ihrer Ausführungen eben ausgemalt, was Sie wohl sagen würden, wenn die frühere Schulministerin hier wäre und Sie dort. Ich will Ihnen sagen, was Sie dann sagen würden. Sie würden sagen: Frau Ministerin, Sie sind hasenherzig, Sie sind hasenfüßig, Sie schielen nach zwei Lehrerverbänden und lassen deshalb eine Gerechtigkeitslücke zu, weil Sie alles nur unter dem Blickwinkel sehen: „Wie kriege ich meine Gemeinschaftsschule durch?“

Seit der Veröffentlichung der Mummert & Partner Untersuchung im Jahre 1999 hat sich der Landtag NRW immer wieder mit der durch und durch ungerechten Regelung der Lehrerarbeitszeit befasst. Diese ist 150 Jahre alt und entspricht den Erfordernissen unserer modernen Schulen schon lange nicht mehr. Alle Fraktionen haben in der Vergangenheit immer wieder öffentlich festgestellt, dass das Deputatsmodell ungerecht, unprofessionell und undurchschaubar ist. Am treffendsten hat es Professor Jürgen Baumert formuliert: „Schließlich ist eine Reform der Lehrerarbeitszeit überfällig, in der sich die tatsächliche Belastungsstruktur abbildet.“ Und nun liegt es mir daran, endlich wieder Bewegung in diese festgefahrene Angelegenheit zu bringen.

Der uns vorliegende Antrag macht deutlich, dass eine ganze Reihe von Schulleitern und Kollegien das von allen Mitgliedern dieses Hauses vertretene Leitbild der selbständigen Schule ernst genommen hat, als sie in jahrelanger und eigenständiger Arbeit das Hamburger Modell erheblich verbessert und – sozusagen – zur Serienreife weiterentwickelt haben. Nicht etwa das MSW hat dazu den Anstoß gegeben, sondern Kollegien und Schulleiter der Basis. Können dieses Haus, dieses Parlament und die Landesregierung es sich wirklich leisten, die von diesem Jahresarbeitszeitmodell erreichte hohe Akzeptanz von 80% bei den beteiligten Kolleginnen und Kollegen einfach unberücksichtigt zu lassen?

Warum geht das MSW nicht hin und leistet Hilfestellung bei der Überwindung von vorhandenen Problemen, wenn es solche noch geben sollte?

Für die Umsetzung des Mindener NRW Jahresarbeitszeitmodells spricht auch die Wahrscheinlichkeit, dass in absehbarer Zeit Lehrer und Lehrerinnen erneut vor die Gerichte ziehen werden, um gegen die Praxis der sogenannten „Entlastungstöpfe“ zu klagen. Sollten sich auch die Verwaltungsrichter dieses Landes die Rechtsauffassung des BAG zu eigen machen, dann werden wir vom Land her erheblich in der Defensive sein, dann werden die Richter dem Dienstherrn Auflagen hinsichtlich einer Neuregelung machen. Dies sollte, meine ich, Grund für uns sein, zu einer von allen getragenen Lösung gelangen zu wollen, Frau Ministerin.

Wenn wir uns im Ausschuss von einem auf eine solche Lösung gerichteten Willen leiten lassen, wird es auch eine von allen akzeptierte Lösung geben. Aber man muss es halt wollen und darf nicht nur darüber reden.

Ich danke Ihnen!